



Brief aus Berlin

Antje Tillmann informiert

Newsletter 8/2010
Juni 2010

Größtes Sparpaket in der Geschichte der Bundesrepublik - zwingend notwendig!

Die Bundesregierung hat in dieser Woche ihre Vorschläge für ein umfassendes Sparpaket vorgelegt. Insgesamt sollen bis zum Jahr 2014 durch den Abbau von Subventionen, Einsparungen in der Verwaltung und der neuen Akzentuierung von Sozialgesetzen rund 81,6 Mrd. Euro weniger Schulden aufgenommen werden. Diese Konsolidierung des Bundeshaushaltes ist zwingend notwendig, um die Rahmenbedingungen für das Entstehen neuer Arbeitsplätze zu verbessern, den Wohlstand unseres Landes auf Dauer zu sichern und unseren Kindern und Enkelkindern keine untragbare Schuldenlast aufzubürden.

>>> Bildung und Forschung sind unsere Zukunft

Als zentrale Säulen für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft bleiben Bildung und Forschung von den Einsparungen ausgenommen. Wir wollen an dem Ziel festhalten, 12 Mrd. Euro zusätzlich für Bildung, Forschung und Entwicklung bis 2013 bereit zu stellen.

>>> Abbau von Subventionen

Finanzhilfen und Steuervergünstigungen stehen auf dem Prüfstand.

In erster Linie werden zunächst die Ausnahmeregelungen der so genannten Ökosteuern reduziert.

Bsp.: Das sogenannte Nutzenergie-Contracting hat bizarre Formen angenommen. Demnach sollten Unternehmen des produzierenden Gewerbes, die im internationalen Wettbewerb stehen, steuerlich begünstigt werden.

Zum produzierenden Gewerbe gehören auch Energieversorger, die z.B. Strom zur Produktion von Licht, Wärme oder Kälte verwenden. Die Umwandlung erlaubt einen steuerlastgeminderten Verkauf von Nutzenergie an Endverbraucher und führt zu Steuer-gestaltungen, die so nicht beabsichtigt sind. So sind auf dem Markt bereits Rechtsanwälte, Unternehmensberater und Ingenieure vertreten, die aus rein steuerlichen Gründen Supermärkte und Hotels mit Nutzenergie versorgen. Die Beseitigung dieser Abzugsmöglichkeit könnte 500 Mio. Euro an Steuer-mehreinnahmen bringen.



Da die Kernenergiebranche vom Emissionshandel nicht betroffen ist und dadurch höhere Gewinne erzielt, führen wir eine Brennelementesteuer ein, die jährlich 2,3 Mrd. Euro an Zusatzeinnahmen generiert.

>>> Beteiligung der Finanzbranche und Banken

Um die Finanzbranche angemessen an den Kosten der Krise zu beteiligen, führen wir eine Bankenabgabe ein, die in einen Restrukturierungsfonds einfließen wird.

Darüber hinaus wird sich die Bundesregierung international für die Einführung einer Finanzmarktsteuer einsetzen, die jährlich 2 Mrd. Euro bringen soll.

>>> Neujustierung von Sozialleistungen

Der Sozialetat im Bundeshaushalt umfasst rund 170 Mrd. Euro und macht 45 Prozent des gesamten Bundeshaushaltes aus. Im Einsparvolumen ist er mit 4,3 Mrd. Euro beteiligt.

Zuschlag beim Arbeitslosengeld II fällt weg:

Bisher konnten Arbeitslose, die vom Arbeitslosengeld I in das Arbeitslosengeld II gewechselt sind, einen befristeten Zuschlag erhalten, der 2004 u.a. deswegen eingeführt wurde, damit die Differenz zwischen der alten Arbeitslosenhilfe und dem neuen Arbeitslosengeld II nicht so hoch ist. Durch die Abschaffung des Zuschlags wird außerdem der Anreiz verstärkt, Arbeit aufzunehmen.

Pflichtleistungen werden in Ermessensleistungen umgewandelt:

Bei der Bundesagentur für Arbeit geht es darum, sie durch erweiterte Handlungsspielräume in die Lage zu versetzen, zielgenauer fördern zu können. Wir werden daher so genannte Pflichtleistungen in Ermessensleistungen umwandeln. Dadurch wird es den jeweiligen Sachbearbeitern ermöglicht, individueller über einzelne Maßnahmen zu entscheiden.

Rentenversicherungsbeitragssatz für Arbeitslosengeld II-Empfänger:

Der Rentenversicherungsbeitragssatz für Arbeitslosengeld II-Empfänger wird abgeschafft. Die Auswirkungen für die Betroffenen sind hierbei äußerst gering:

Bsp.: Ein Bürger, der ein Jahr lang Arbeitslosengeld II bezogen hat, erhält dadurch lediglich etwa 2 Euro weniger Rente im Monat. Im Haushalt bedeutet dies jedoch eine Einsparung von 1,8 Mrd. Euro.

Veränderungen beim Elterngeld:

Die Rate beim Elterngeld werden wir minimal von 67% auf 65% absenken. Für die Empfänger von Arbeitslosengeld II ist der Grundbedarf durch die Regelsätze und die Zusatzleistungen gesichert. Das Elterngeld war ursprünglich eingeführt worden, um Berufstätigen die Entscheidung zu erleichtern, für ein Kind kurzzeitig auszusetzen. Die zusätzliche Gewährung von Elterngeld in Höhe von 300 Euro für Bezieher von Arbeitslosengeld II verringerte zusätzlich den Lohnabstand, wie das Beispiel zeigt:

Bsp: Eine arbeitslose alleinerziehende Mutter mit einem Kind (1/2 Jahr) erhält heute staatliche Leistungen von 1.402 Euro im Monat, ein arbeitsloses Paar mit zwei Kindern (1/2 und 4 Jahre alt) insgesamt 1.885 Euro monatlich.

Streichung der Heizkostenpauschale für Wohngeldempfänger:

Beim Wohngeld wird die Heizkostenpauschale gestrichen. Dieser Zuschuss ist zu einem Zeitpunkt eingeführt worden, als die Energiekosten auf einem historisch hohen Stand lagen. Dies ist heute anders. Die Situation hat sich erfreulicherweise entspannt. Nach Angaben des Deutschen Mieterbundes sind die Heizkosten im Abrechnungsjahr 2009 durchschnittlich um 14 % gesunken. Die Rückkehr zum alten Recht ist daher vertretbar und angemessen.

>>> Einsparungen in der Verwaltung

Mit dem Verzicht auf die Anhebung der eigenen Bezüge macht die Regierung deutlich, dass alle am Sparen beteiligt werden.

Auch im öffentlichen Dienst muss gespart werden: Bis 2014 sollen mehr als 10.000 Stellen abgebaut werden, was eine Anpassung an die demographische Entwicklung bedeutet und die Funktionsfähigkeit der Verwaltung nicht in Frage stellt. Darüber hinaus müssen Beamte auf die geplante Erhöhung des Weihnachtsgeldes verzichten, wodurch die Bezüge gegenüber geltendem Recht 2011 um 2,5% abgesenkt werden.

>>> Letzendlich sparen wir auch durchs Sparen:

Die jährliche Reduzierung des strukturellen Defizits führt von 2011 an jeweils zu einer Zinsersparnis von weiteren 500 Mio. Euro.



Tag der Organspende am 5. Juni in Erfurt.

Gemeinsam mit dem Olympiasieger im Gehen, Herrn Hartwig Gauder, der Interessensgemeinschaft der Dialysepatienten und Nierentransplantierten Thüringen und der Deutschen Stiftung Organtransplantation (im Bild rechts Frau Heike Trepte) ist es am vergangenen Sonnabend gelungen, rund 200 Organspendeausweise auszuteilen.

Eine überdimensionierte Niere als Anschauungsmaterial zog die Aufmerksamkeit der Marktbesucher auf sich, so dass der Informationsstand einen regen Zulauf hatte.



Zum 55-jährigen Jubiläum des Kindergarten „Vollbrachtfinken“ spendete die Firma Ströer Deutsche Städte Medien GmbH (hier: Herr Andreas Theis) eine Vogelnechtschaukel.

Euro-Stabilisierungsgesellschaft gegründet

Die Gesellschaft zur Vergabe von Notfallkrediten von max. 440 Mrd. Euro an Euro-Staaten steht. Die Gründung ist vollzogen. Deutschland kann nun in zweifacher Hinsicht maßgeblich zu einer verantwortungsvollen Umsetzung beitragen. Ein Glücksfall für die Euro-Stabilität ist Klaus Regling: Er wird Chef der Gesellschaft. Zwischen 1975 und 1998 war er als Spitzenbeamter im Bundesfinanzministerium und beim Internationalen Währungsfonds tätig. Anschließend war er Generaldirektor bei der Europäischen Kommission.

Die Verwaltung der Gesellschaft übernimmt zudem die Bundesrepublik Deutschland Finanzagentur GmbH, die für das Schuldenmanagement des Bundes zuständig ist.

Mehr Fördermittel für Städte

Um die Innenentwicklung der Städte und Gemeinden noch mehr zu unterstützen, hat das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung die Bundesmittel für das Programm "Aktive Stadt und Ortsteilzentren" auf 86 Mio. Euro erhöht und damit gegenüber 2009 verdoppelt.

Das Programm dient zur Vorbereitung und Durchführung von Gesamtmaßnahmen zur Erhaltung und Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche als Standort für Wirtschaft, Kultur sowie als Orte zum Wohnen, Arbeiten und Leben. Die Mittel können u.a. zur Aufwertung des öffentlichen Raumes (Straßen, Wege, Plätze) und zur Instandsetzung und Modernisierung von prägenden Gebäuden verwendet werden.

First Solar und Solarworld bauen Kapazitäten aus

Laut Nachrichtenagentur Reuters baut der US-Konzern First Solar sein Engagement in Deutschland aus. Der weltweit führende Hersteller von Dünnschichtmodulen plant die Erweiterung seiner Produktion. Wegen der glänzenden Wachstumsperspektiven in Europa und hier vor allem in Deutschland bauen auch Solarworld und Bosch Solar ihre Produktionen auf dem Heimatmarkt kräftig aus.

Erstes Bundesland führt Schuldenbremse ein

Mit Schleswig-Holstein hat nun das erste Bundesland eine Schuldenbremse in seiner Verfassung verankert. Nun darf das mit 24 Mrd. Euro verschuldete Land von 2020 an in normalen Jahren keine neuen Schulden mehr machen. Außerdem soll das strukturelle Haushaltsdefizit, das im laufenden Jahr bei 1,25 Mrd. Euro liegt, bis 2020 jährlich um ein Zehntel gesenkt werden.

Thüringen will einen nachhaltigen Haushaltsausgleich ohne neue Schulden bis zum Ende der Legislaturperiode anstreben.

Deutsche sind Sorgen-Europameister

In keinem anderen Land in Europa machen sich die Menschen so viele Sorgen über die Wirtschaftslage wie in Deutschland.

Was allgemein als negative Nachricht kommentiert wird, hat jedoch auch eine positive Seite: Wer sich sorgt, betreibt Vorsorge. Vor allem deshalb steht Deutschland heute international besser da als die meisten anderen Staaten. So haben wir, etwa mit der Rente mit 67, Vorsorge betrieben. Auch die hohe Sparquote in Deutschland zeigt, dass die Menschen nachhaltig Vorsorge betreiben.

Klar ist aber auch: Auch andere Generationen hatten schon schwere Zeiten zu meistern. Gemeinsam schaffen wir das!

>>> Achtung! Geänderter Ort! <<<

Der **Ärzte- und Apothekerstammtisch** mit dem gesundheitspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jens Spahn, am 16. Juni, um 18.00 Uhr, findet jetzt bei **BARMER Erfurt, in der Johannesstraße 164, 99084 Erfurt, statt!**

Impressum

Antje Tillmann MdB

antje.tillmann@bundestag.de

Redaktion: Johannes Nehlsen, 11. Juni 2010